

Martin Korol: Zwei Rufmorde

Am 23. April 2021 gab es auf einer Sitzung des Präsidiums des Deutschen Fußballbundes (DFB) Streit. In dessen Verlauf verstieg sich der DFB-Präsident, Fritz Keller, seinen Vertreter im Amt, Rainer Koch, mit dem Nazi-Richter Roland Freisler (1893-1945) zu vergleichen. Das erregte Aufsehen und beschäftigte die Medien. Zweifellos war das eine Entgleisung. Ein versuchter Rufmord.

Zwanzig Tage später, am 17. Mai 2017, trat Präsident Fritz Keller von seinem Amt zurück. Zu Recht. Das meinen wohl die meisten Medien und die meisten Deutschen. Ich auch.

Der „Fall Fritz Keller“ erinnert mich lebhaft daran, dass auch ich einmal Opfer eines Rufmordes war – 2013. Mir widerfuhr ähnliches wie dem DFB-Vize Rainer Koch. Schlimmeres gar, finde ich. Die taz Bremen brachte am 22.2.2013 einen Artikel von Benno Schirrmeister mit einem Angriff gegen mich: „Rassismus in Bremen. SPD-Abgeordneter hetzt gegen Roma“. Darin heißt es u.a.: „Mit Heinrich Himmler will Martin Korol nicht verglichen werden. Konfrontiert mit dem Vorwurf sprachlicher Nähe zum Nazi-Innenminister, bricht er das Gespräch ab und verlangt eine Entschuldigung. Und womöglich ist ein Vergleich auch irreführend. Korol ist kein Minister. Er ist Pensionär. Wenn er dieselben Gemeinplätze wie Himmler über Roma verbreitet, tut er dies bloß in einem Online-Aufsatz.“

Benno Schirrmeister verglich mich mit, ja, mit Heinrich Himmler (1900-1945)! Zur Erinnerung: Der Mann war Führer der SS und hatte die Macht über die Polizei, die Konzentrationslager und den Inlandsgeheimdienst sowie die Waffen-SS! Mich mit diesem Monster zu vergleichen, widerfuhr nicht einmal, um die Kategorie anzudeuten, in die ein solcher Vorwurf gehört, Radovan Karadžić. (Jenen Mann verurteilte 2019 das UN-Kriegsverbrechertribunal wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord im Berufungsverfahren unanfechtbar zu lebenslanger Haft).

Was also hatte ich gesagt oder getan, um mit Heinrich Himmler, diesem Teufel in Menschengestalt, verglichen zu werden?! Ich war doch bloß Gegner einer Frauenquote. Ich kritisierte, dass immer hemmungsloser Abtreibungen vorgenommen würden, und ich machte auf die frauenfeindlichen Herrschaftspraktiken patriarchalisch geführter Clans aufmerksam. „Nichts von Bedeutung“, bescheinigte mir damals Rechtsanwalt Erich Joester, den ich sofort nach den ersten Anwürfen gebeten hatte, meine inkriminierten Texte daraufhin zu prüfen, ob sie „rassistisch“ oder „frauenfeindlich“ wären. Denn so lautete das Urteil meiner Gegner. „Nur eines“, fügte Joester hinzu: Ich dürfe nicht von Abtreibungen als „Massenmord“ schreiben. Immerhin gebe es ja den § 218. Aber er habe meinen Aktenordnern mit Bildern und Dokumenten, die ich ihm zur Lektüre

übergeben hatte, entnommen, dass ich ein engagierter Katholik sei (Ich war Messdiener in St. Josef in Oslebshausen und Bezirksvorsitzender für Bremen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB)). Entsprechend schütze mich Art. 5 GG (Meinungsfreiheit) in Verbindung mit Art. 4 (Bekenntnisfreiheit). Unser Gespräch fand vor der ersten „Anhörung“ (von dreien) im Ausschlussverfahren der SPD-Fraktion statt. Wir riefen aus der Anwaltspraxis Björn Tschöpe an. RA Joester teilte ihm mit, er übernehme meinen Beistand im Verfahren und er käme zur Anhörung dazu. Tschöpe fragte, ob er Genosse sei. Warum er das wissen wolle, fragte RA Joester. Weil, sagt Tschöpe, nur ein Genosse mein Rechtsbeistand sein könne. In beiden Ausschlussverfahren – Partei und Fraktion. So ging ich ohne Beistand durch das Ausschlussverfahren der SPD-Fraktion. Mein Rechtsbeistand im Ausschlussverfahren der SPD-Partei gegen mich wurde dann Dr. Rudolf Monnerjahn (1934-2021).

Worum ging es den Genossen wirklich, als sie mich rufmordeten? Ganz einfach Ich war bei der letzten Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im Jahr 2011 durch die sog. Personenstimmen vom aussichtslosen Platz 56, auf den die Partei mich gesetzt hatte, auf Platz 34 vorgerückt. Nun, durch den Tod einer verstorbenen Genossin, war ich für sie nachgerückt in die Bürgerschaft als MdBB. ‚Um Himmels willen – Korol! Bloß nicht!‘, werden sich die Genossen da gesagt haben. Sie wussten genau, dass ich wenigstens vier politische Anliegen hatte, die ihnen missfielen, und dass ich dafür auch als MdBB eintreten würde: 1. den Brem. Haushalt als Datei zu bekommen – für jeden Bürger einsehbar; 2. bei Abstimmungen im Hohen Haus nach meinem Gewissen zu entscheiden und damit u.U. gegen die Entscheidung der Fraktion. Mein drittes Anliegen: Abschaffung des Beamtentums. Mein viertes: Abschaffung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes (PVG) von 1978. Darum musste ich weg. Dazu inszenierten die Genossen einen Rufmord gegen mich und fanden willige Helfer:



Wer schmierte wohl in der Nacht auf den 5. April 2013 an die Hauswand Gustav-Heinemann-Straße 109 in Bremen-Findorff „KOROL DU RASSISTENSCHWEIN“? Die Staatsanwaltschaft ermittelte. Ohne Ergebnis

Der Landesvorsitzende der SPD, Andreas Bovenschulte; der SPD-Landesgeschäftsführer, Roland Pahl; der Fraktionsvorsitzende der SPD in der BB, Björn Tschöpe; und der bildungspolitische Sprecher der SPD in der BB-Fraktion, Mustafa Güngör, beantragten und besorgten meinen Ausstoß aus der SPD – Partei und Fraktion. Die KAB schloss mich übrigens als erste Institution aus ihren Reihen aus. Ein Jahr später tat es ihr die Bremer GEW gleich. Die Bundesschiedskommission der GEW wandelte den Ausschluss in ein Betätigungsverbot auf sechs Jahre um. Die sind in diesen Tagen um.

Wer sprang mir damals bei in meiner Not? Wer schaute nicht weg? Wer zeigte Courage, wozu wir ja heute immer wieder aufgefordert werden, und mischte sich ein? Es waren nur wenige, hundert vielleicht. Immerhin. Ich meine, es waren die besseren Bürger.

Der Rufmord an mir erfolgte vor acht Jahren. Aktuell empört man sich über den Fußballfunktionär Fritz Keller. Er rückte seinen Vertreter im Amt in die Nähe von Roland Freisler und trat nun deswegen nach drei Wochen Bedenkzeit von seinem Amt zurück. Ich frage mich: Ist nun nicht auch ein Rücktritt derjenigen Politiker und Journalisten überfällig, die mich seinerzeit rufmordeten? Ich meine ja. Sie handelten weitaus ruchloser als jetzt DFB-Präsident Fritz Keller, nämlich vorsätzlich – die taz Bremen, die SPD, die Bremer GEW und die KAB, begleitet von Radio Bremen, als sie mich mit Heinrich Himmler in eine Ecke stellten oder diese ungeheuerliche Unterstellung einfach nur mittrugen. Von den Journalisten hielt nur Wigbert Gerling dagegen, Redakteur des Weser-Kurier. Er schrieb einen Artikel darüber: „Plötzlich schwarzes Schaf. Der Fall Korol – eine Betrachtung“. Weser-Kurier. 11.03.2013. Er schrieb damals:

Der SPD-Politiker Martin Korol – die lebendigste Karteileiche aller Zeiten, die plötzlich wie eine Plage über die Partei kommt? Ein anrühiger Rechtsausleger, der sich als eine Art braunes U-Boot unerkannt und unbekannt in die SPD eingeschlichen hat? Von wegen.

Nun ja. Der Rücktritt von Fritz Keller war zu erwarten. Dass jemand von diesen Herrschaften zurücktritt, die mich rufmordeten, ist hingegen unwahrscheinlich. Sie sind immer noch mächtig. Ich kenne sie sehr gut. Ihnen geht es, wie in der Politik generell, um Macht.

Um ihre eigene Macht. Nicht um Moral und Menschen. Das ist kein Vorwurf, das ist das Wesen von Politik. Politik ist Wahrnehmung, Außenwirkung, Rhetorik, Kampf um Mehrheiten und um die Deutungshoheit auf dem Kampfplatz der Meinungen und in den Sachfragen. Bürger und Wähler entscheiden eher nach Eindrücken als nach Argumenten. Das ist schade, aber verständlich. Denn wie sollte das auch anders sein in einer Welt, die immer unüberschaubarer, globaler

und diffiziler wird?! Wir Bürger können unseren gewählten Volksvertretern und den ernannten Beamten grundsätzlich nur vertrauen. Heutzutage sogar im selben Maß täglich weniger, wie die Beziehungen zwischen den Menschen, die in der Bürgerschaft, im Senat, im ÖD, in den Gerichten und in den Medien sitzen, und den Bürgern sich immer mehr auflösen. In der Bundesliga-Mannschaft des SV Werder Bremen gibt es keinen einzigen Bremer Jungen mehr. In der Politik und Verwaltung, in der BB und im Senat ist die Entwicklung ähnlich. Auffällig ist: Die neuen Herren Bremens, bis hin zu denen in den Verbänden und bei Radio Bremen, kamen nach Bremen als vernetzte 68er und massenhaft ab 1971 über die rote Kadenschmiede Bremer Uni. Das war sie wirklich, das war nicht nur eine Diffamierung von Seiten der FDP, die deswegen damals, sehr weitsichtig, den Bremer Senat verließ.

Just kam mir ein Text unter, der diesen Wandel in der bremischen Politik beschreibt. Ein Text aus dem Jahr 1937, veröffentlicht 1947. Er steht in einem Buch, das Bremens Bürgermeister von 1920 bis 1928; von 1931 bis 1933 und von 1945 bis 1955, Theodor Spitta (1873-1969), über Martin Donandt (1852-1937) schrieb, Bürgermeister und Präsident des Senats 1898 bis 1933. Spitta schreibt da:

In der Mitte des 19. Jahrhunderts hat Otto Gildemeister das Wesen seiner Vaterstadt geschildert und dabei ausgeführt: Bremen habe noch nicht die Größe erreicht, die das Familienhafte im Zusammenleben der Stadtgenossen zerstöre; dies Familienhafte sei für ein kleines Gemeinwesen oft wichtiger als die vortrefflichste Verfassung; es schaffe eine öffentliche Meinung, deren Urteil zehnmal schärfer treffe als das Anathema der Tribüne und Presse, weil es unmittelbar im täglichen Umgänge vollzogen werde, und es verwandle den Ehrgeiz des Politikers in die sorgsame Strebsamkeit des Hausgenossen. Diesen familienhaften Zug hatte sich das öffentliche Leben Bremens in erheblichem Umfange auch noch zu Donandts Zeiten bewahrt.

Bremen, eine große Familie. Das ist immerhin ein schönes Modell. Sollte es je so gewesen sein, gilt das heute mit Sicherheit nicht mehr.

Bremen wäre arm dran gewesen, hätte es in den Jahrzehnten seiner Blüte nicht mehr als dieses „Familienhafte im Zusammenleben der Stadtgenossen“ gehabt. Doch hinzu kamen handfeste politische Beziehungen Bremens zu den Mächtigen im Land. Die gibt es heute auch noch. Allein, sie dienen nur noch dazu, für das in jedem Ressort marode und hoch verschuldete Bremen noch Hilfsgelder in Berlin und Brüssel locker zu machen.

Damals ging es um mehr: um eine Mitsprache und Mitverantwortung Bremens in Deutschland. Spitta schreibt nämlich weiter:

Dazu kam eine allgemeine hansische Besonderheit. Die Doppelnatur Bremens als einer Stadt und eines Staates, die enge Verflechtung der städtischen und staatlichen Verwaltungen und Aufgaben, so daß jedes Senatsmitglied auf beiden Gebieten tätig war und die meisten Verwaltungszweige zugleich städtisch und staatlich waren, so dann das, was man vielleicht als Reichsstandschaft Bremens bezeichnen kann: der unmittelbare Verkehr mit den höchsten Reichsstellen und die Mitwirkung in der Regierung und Verwaltung des Reiches durch die Mitgliedschaft im Bundesrate, später im Reichsrate, das alles gab der Arbeit der Senatsmitglieder einen eigentümlichen Charakter.

(Theodor Spitta: Dr. Martin Donandt. Bürgermeister in Bremen. Bremen 1947. S. 72-73).

Man erinnere sich in dem Zusammenhang über Bremens Verbindungen mit der Welt schon kurz nach der Entlassung aus dem Status einer Amerikanischen Exklave: Bremens Bürgermeister von 1945 bis 1965 war Wilhelm Kaisen (1887-1979). Er pflegte, konzentriert im Jahr 1950, Beziehungen zu politischen Größen in Deutschland, England, Frankreich und den USA, zusammen mit Hamburg, als Sprachrohr für die deutschen Reeder und Werften. Er erreichte, dass die Tonnagebeschränkungen für den Bau und den Betrieb von Schiffen Schritt für Schritt gestrichen wurden. Damit begann der Wiederaufbau der Wirtschaft an der deutschen Küste und in den Zulieferregionen.

Heutzutage gibt es für die Eigenständigkeit Bremens als Bundesland keinen Grund mehr. Im Gegenteil: Eine Auflösung und die Aufnahme Bremens in Niedersachsen würde Bremen gut bekommen. Seine teuren und erfolglose Sonderwege hätten ein Ende. Man nehme nur die Brem. Sondergesetzgebung zur Bekämpfung der Coronakrise. Sie ist mitunter geradezu irre.

Rund ein Drittel der wahlberechtigten Bremer machen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr. Die Motive sind unterschiedlich. Mit Sicherheit sind viele von ihnen politisch interessiert, sehen aber ihre Interessen in BB und Senat nicht mehr vertreten. Sie misstrauen der Brem. Politik.

Ich kenne viele von ihnen. Sie haben folgendes Bild vom Zustand der Demokratie in Bremen: Um das Wohlergehen von uns Bürgern geht es den herrschenden Parteien selten oder nie. Das erfolgt höchstens ab und zu noch auf der kommunalen Ebene, in den Ortsbeiräten, die aber nur Deko sind. Zu melden haben sie nichts. Die Senatoren und Fraktionen der herrschenden Parteien geben sich vorzugsweise sozial. Sie täuschen vor, sich um Randgruppen zu kümmern, die sie uns als nur bemitleidenswert servieren. Wie es um das Gros der Bevölkerung steht, steht selten zur Debatte. Allerdings helfen sie auch den Menschen in Randgruppen nicht wirklich. Warum auch sollten sie das tun?! Denn dann würden sie ja eine Gruppe weniger haben, deren Interessen sie zu vertreten be-

haupten können. So, wie der clevere Rechtsanwalt den Fall pflegt, um daran zu verdienen, anstatt ihn im Sinne des Klienten abzuschließen. Sind die Parteien, die herrschenden wie die oppositionellen, etwa alle gleich? Das wohl nicht, aber was sie voneinander unterscheidet, ist nur ihr jeweiliges Geschäftsmodell. Das richtet sich nach der Marktlage, nach der Tradition des Hauses und dem Charakter der führenden Parteienvertreter. Sie haben das Sagen, die Mitgliederversammlung nickt nur ab, gerne nach heftiger Debatte. Frei nach Paul Watzlawick: Die Beziehungsebene dominiert die Inhaltsebene. Darum kommt es in der herrschenden Politik darauf an, wer da etwas sagt, und nicht darauf, was gesagt wird.

Ich kann da mitreden. Ich habe das leidvoll erfahren: Meine Rufmörder redeten über mich und stellten mich an den Pranger, anstatt mit mir zu reden. Das konnten sie sich erlauben. Dazu hatten sie die Macht.

Acht Jahre ist das her. Und ich fange an zu hoffen, dass mir irgendwann doch noch einmal Gerechtigkeit widerfährt. Warum? Ganz einfach: Ja, es stimmt, meine Gegner von damals sind noch recht mächtig. Aber richtig ist auch: Die SPD und die taz Bremen als Hauptübeltäter sind ziemlich abgestürzt. Sie haben immer weniger zu sagen. Von der KAB hört man gar nichts mehr.

Das sollte mich eigentlich freuen, tut es aber nicht. Ich finde es sogar schlimm. Der Untergang dieser alten Institutionen, zu denen beide ehemaligen Volksparteien, also auch die CDU, und beide Volkskirchen gehören, also auch die Protestanten, deutet auf einen Untergang hin. Ganz Deutschland ist „ohne Aussicht, ohne Weite“, würde Ernst Bloch (1885-1977) sagen, Bremen zumal. (Vielleicht geht es sogar um die Herrschaft in Europa und weltweit. Wer weiß?!).

Es lohnt nicht, auf den Vertretern der SPD herumzuhacken, die mich rufmordeten. Ihre Nachfolger stehen in den Startlöchern – die Grünen. In jedem der Themen, die Angela Merkel auf die Tagesordnung setzte und in denen sie entschied, ohne dass der Bundestag darüber vorher gestritten hätte, eroberten sie die Deutungshoheit. Man denke nur an die Abschaltung der AKW, die Abschaffung der Wehrpflicht, den unbeschränkten Zuzug von Migranten, die Genderfrage und an die – angeblich menschengemachte – Klimakatastrophe. Das sind folgenreiche Entscheidungen. Die Grünen kommen modern, frisch und jugendlich daher, mit einer wohldosierten Mischung aus Glaubenssätzen, wohlklingenden Slogans, Verboten und Strafen. Sie säen Schuldgefühle und machen Angst. So funktionierte Macht schon immer, sei es die weltliche oder kirchliche. Zum Ausgleich dafür boten Vater Staat Schutz und Hilfe und die heilige Mutter Kirche demjenigen, der an Gott glaubt, Hoffnung und Liebe an. Nicht anders die Grünen: Sie drohen uns mit dem Untergang der Welt, sofern wir sie nicht so gestalten, wie es ihr Parteiprogramm verkündet. Sie versprechen uns dafür paradiesi-

sche Zustände. Bündnis 90/Die Grünen sind seit 2007 im Senat vertreten. Das bisherige Ergebnis der Bremer Grünenpolitik sieht mager aus: Ideologie statt Leistung. Nichts im Lande wurde besser dadurch. Im Gegenteil: Unauffällig, aber wirksam löst sich der staatstragende Mittelstand auf. Kriege und Explosionen nach Männerart sind veraltet und out. Modern, weil weiblicher, sind unauffällige Zerstörungen – Implosionen. So arbeiten die Grünen.

Dennoch sind die Grünen im Trend. Unaufhaltsam. Ich finde das schlimm für Bremen.

Die für mich schlimmste Folge dieser – inzwischen von der SPD und der LINKEN und in weiten Teilen selbst von der CDU/CSU, mitgetragenen – grünen Politik ist allerdings aus meiner Sicht: Nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 waren die Menschen in Bremen, Deutschland und in Europa zerstrittener als heute – bis in die Freundschaften und die Familien hinein.

Ich fürchte, das war und ist nicht eine Kollateralschaden, sondern die eigentliche Absicht all dieser und solcher grünen Projekte, eingetütet von Angela Merkel, die doch eigentlich Kanzlerin der CDU/CSU war.

All das schmerzt mich ungemein. Tausendmal mehr als der Rufmord an mir.

(Fassung vom 20.05.2021)